

2012-05-25

Stadt Dessau-Roßlau

Zerbster Straße 4
06844 Dessau-Roßlau
Tel.: 0340/2040



Niederschrift

über die

Sitzung des Ausschusses für Bauwesen, Verkehr und Umwelt

am 10.05.2012

Sitzungsbeginn: 16:30 Uhr
Sitzungsende: 20:35 Uhr
Sitzungsort: Raum 228, Rathaus Dessau

Vorsitz des Ausschusses für Bauwesen, Verkehr und Umwelt

Fraktion Die Linke.Dessau-Roßlau

Schönemann, Ralf

Fraktion der CDU

Trocha, Harald
Gebhardt, Roland

Anwesend außer TOP 5.5 und bis TOP 6.1
Entschuldigt

Fraktion Die Linke.Dessau-Roßlau

Krüger, Otto-Harald

Fraktion der SPD

Laue, Harald
Dreibrodt, Hans-Peter

Fraktion Pro Dessau-Roßlau

Otto, Hans-Georg

Fraktion Bürgerliste / DIE GRÜNEN

Busch, Thomas

Fraktion der FDP

Neubert, Jürgen Dr.

Siehe Anwesenheitsliste (Anlage 1)

Öffentliche Tagesordnungspunkte

1 Eröffnung der Sitzung, Feststellung der ordnungsgemäßen Einladung und der Beschlussfähigkeit

Nach der Begrüßung stellte **Herr Schönemann, Vorsitzender des Ausschusses für Bauwesen, Verkehr und Umwelt**, die form- und fristgerechte Ladung und Ausreichung der Unterlagen zur heutigen Sitzung sowie - mit 8 stimmberechtigten Stadträten - die Beschlussfähigkeit des Gremiums fest.

2 Beschlussfassung der Tagesordnung

Zur ausgereichten Tagesordnung wurde kein Änderungsbedarf angezeigt, so dass sie durch **Herrn Schönemann, Vorsitzender des Ausschusses für Bauwesen, Verkehr und Umwelt**, zur Abstimmung gestellt wurde.

Abstimmungsergebnis:

8 : 0 : 0

Die Tagesordnung wurde ungeändert einstimmig bestätigt.

3 Genehmigung der Niederschriften des Ausschusses für Bauwesen, Verkehr und Umwelt

3.1 Genehmigung der Niederschrift vom 29.03.2012

Zum Protokoll der Sitzung des Ausschusses für Bauwesen, Verkehr und Umwelt vom 29.03.2012 wurde durch **Herrn Otto, Fraktion Pro Dessau-Roßlau**, die Protokollierung seiner Äußerungen zum Tagesordnungspunkt 8.2 – „Sonstige Anfragen und Mitteilungen“ dahingehend korrigiert, dass dem angezeigten Kostenaufwuchs im Vorhaben Meisterhäuser seitens seiner Fraktion keine Zustimmung erteilt werde.

Weitere Änderungen oder Ergänzungen wurden vorgebracht.

Herr Schönemann, Vorsitzender des Ausschusses für Bauwesen, Verkehr und Umwelt stellte die die Niederschrift mit der angemerkten Korrektur zur Abstimmung.

Abstimmungsergebnis:

6 : 0 : 2

Das Protokoll wurde geändert bestätigt.

3.2 Genehmigung der Niederschrift vom 17.04.2012

Zum Protokoll der Sondersitzung des Ausschusses für Bauwesen, Verkehr und Umwelt vom 17.04.2012 wurden keine Änderungen oder Ergänzungen vorgebracht.

Herr Schönemann, Vorsitzender des Ausschusses für Bauwesen, Verkehr und Umwelt stellte die die Niederschrift zur Abstimmung.

Abstimmungsergebnis:

8 : 0 : 0

Das Protokoll der Sondersitzung des Ausschusses für Bauwesen, Verkehr und Umwelt vom 17.04.2012 wurde ungeändert einstimmig bestätigt.

4 Öffentliche Informationsvorlagen

4.1 Sanierungsgebiet Dessau-Nord - Maßnahmebeschluss Multifunktionsplatz Eduardstraße Vorlage: DR/BV/092/2012/VI-61

Es bestand weder Einführungs- noch Rückfragebedarf.

Die Informationsvorlage wurde zur Kenntnis genommen.

4.2 Stromspar-Check für einkommensschwache Haushalte Vorlage: DR/IV/013/2012/V-50

Einführend erläuterte **Herr Willecke, Amt für Umwelt- und Naturschutz**, die Inhalte und Ausrichtung sowie die Partner und die Finanzierung des Projekts. Durch **Frau Paesold, Leiterin des Amtes für Soziales und Integration**, wurden Informationen zum Verfahren, zum Anreizsystem und zum Stand der praktischen Umsetzung ergänzt.

Mit Verweis auf eine Aktion der Stadtwerke, die dadurch eine Kompensation von Forderungsausfällen verband, fragte **Herr Schönemann, Vorsitzender des Ausschusses für Bauwesen, Verkehr und Umwelt**, nach vergleichbaren Inhalten. In diesem Kontext sei eine Ergänzung des Projekts vorgesehen, so **Herr Willecke**. Derzeit laufen Abstimmungen zur Gewinnung weiterer Partner u. a. auch seitens der DVV.

Eine weitere Nachfrage von **Herrn Schönemann** bezog sich auf die Projekthalte hinsichtlich der Aufzeigung von Optimierungspotenzialen zur energetischen Sanierung von kommunalen Wohnungsbeständen bzw. der Erstellung eines Anforderungskatalogs für Schlichthwohnungen. Der Stromsparcheck beziehe sich auf den Umgang mit Strom, antwortete **Herr Willecke**, und sei nicht auf die Optimierungsmöglichkeiten an den Gebäuden ausgelegt. Hierzu sei auf die Arbeit der AG Gebäudesanierung zu verweisen, die gemeinsam mit den Wohnungsunternehmen und weiteren Partnern entsprechende Potenziale prüft.

Es bestand kein weiterer Rückfragebedarf.

Die Informationsvorlage wurde zur Kenntnis genommen.

5 Öffentliche Beschlussfassungen

5.1 Vorhabenbezogener Bebauungsplan Nr. 58 "Biogasanlage Lukoer Straße", Durchführungsvertrag, Abwägungs- und Satzungsbeschluss Vorlage: DR/BV/099/2012/VI-61

Durch **Herrn Hantusch, Beigeordneter für Wirtschaft und Stadtentwicklung**, wurde eingangs auf den langen Abstimmungsprozess verwiesen, den das Projekt mittlerweile durchlaufen habe. Abschließend könne man jedoch sagen: „Was lange währt, wird gut“. Trotz der Ablehnung des Vorhabens durch den Ortschaftsrat Roßlau mit dem Votum 2 – 9 – 0 könne man berichten, dass das Projekt auf einem gutem Weg sei, dass das Genehmigungsverfahren nach BImSchV und die vertraglichen Abstimmungen mit den Energieversorgern laufen. **Frau Jahn, Leiterin des Amtes für Stadtentwicklung, Stadtplanung und Denkmalpflege**, ergänzte, dass seitens des Vorhabenträgers der Durchführungsvertrag abgezeichnet wurde.

Auf Nachfrage aus dem Gremium erläuterte **Herr Krmela, Büro für Stadtplanung Dr.-Ing. Schwerdt**, Umfang und Inhalt der im Beteiligungsprozess eingegangenen Stellungnahmen, die geäußerten Bedenken und Anregungen sowie deren Eingang in die Inhalte der fortgeschriebenen Planung. Einige Einzelfragen seien im Genehmigungsverfahren zu klären, die Bauleitplanung beschränke sich auf die Klärung städtebaulicher Fragen. Herauszustellen sei im Verfahren die Reduzierung der Leistung des Blockheizkraftwerks unter den Schwellenwert von 1 MW zur Durchführung einer Umweltverträglichkeitsprüfung, die nicht mehr zugelassene Nachtanlieferung und die Sicherstellung der Löschwasserversorgung. Der in einer Stellungnahme der Träger öffentlicher Belange hervorgebrachte Nachbarschutz wurde gutachterlich geprüft und eine Gefährdung der temporären Wohnnutzung ausgeschlossen. Zusammenfassend sei festzustellen, dass im Rahmen des Planverfahrens die notwendigen Maßnahmen eingeleitet worden, um eine Genehmigungsfähigkeit des Vorhabens herzustellen.

Durch **Herrn Krüger, Fraktion Die Linke.Dessau-Roßlau**, wurde die Notwendigkeit der Anlage für die Sicherstellung der Energieversorgung, der Unternehmenssitz des Vorhabenträgers, den Maßnahmen bei eventuellen Havarien und die Materialanlieferung aus Richtung Süden durch das Stadtgebiet hinterfragt.

Bereits mit der Aufstellung des vorhabenbezogenen Bebauungsplans habe man die nachgefragte Notwendigkeit der Anlage durch Beschluss bestätigt und somit die Grundlage für das Verfahren geschaffen, so **Herr Krmela**. Der Unternehmenssitz des Unternehmens sei Dessau-Roßlau. Zur Frage von eventuellen Havarien, die eine Unterstellung gegenüber dem Unternehmen darstelle, sei auf entsprechende, allgemein übliche Haftpflichtregelungen zu verweisen. Dies sei kein Thema der Bauleitplanung. Zur Materialanlieferung erläuterte er die Festlegungen im Durchführungsvertrag, die Abstimmungen mit der Stadt Coswig und erklärte dass die eingeforderten Vorgaben einer rechtlicher Grundlagen entbehren.

Zu den Transporten und den Lieferumfängen stellte **Frau Dr. Kegler, Leiterin des Amtes für Umwelt- und Naturschutz**, aktuelle Veröffentlichungen der Presse richtig und zitierte aus den Genehmigungsunterlagen zum Vorhaben.

Bereits im Jahr 2009 habe der Stadtrat die Zustimmung zum Vorhaben erteilt, erinnerte **Herr Beigeordneter Hantusch**. Dies sei mit einer Signalwirkung an den Investor verbunden gewesen, die Planungen weiter voran zu bringen. Wichtig sei es, dass der Investor auf die Aussagen der Stadt vertrauen könne. Aus diesem Grund plädiere er für eine Zustimmung zum Beschlussvorschlag.

Herr Dreibrodt, Fraktion der SPD, erinnerte mit dem Standort Rodleben an den Ursprung des Vorhabens und verband damit die Hoffnung, dass keine Realisierung am Standort Roßlau erfolgen werde. Das Votum des Ortschaftsrates sei zu beachten, zu hinterfragen sei, warum man dieses Gremium nicht überzeugen konnte.

In der Sitzung des Ortschaftsrates wurden die Schwerpunktthemen Geruchsbelästigung, Grundstückswertverluste und Verkehrsbelastung hervor gebracht, erläuterte **Herr Krmela**.

Auf Nachfrage von **Herrn Beigeordneten Hantusch** zur Höhe der bislang aufgebrachten Planungskosten, bezifferte **Herr Evels, Planungs- und Entwicklungsgesellschaft Evels mbH**, diese mit ca. 250 T€.

Dem Einwurf von **Herrn Dreibrodt**, dass seitens des Bauernverbandes die Auskunft vorliege, dass das mögliche Inputmaterial für die Anlage bereits anderweitig gebunden sei, hielt **Herr Krmela** entgegen, dass seitens des Vorhabenträgers die notwendigen Nachweise beigebracht worden.

Die Zustimmung zur Vorlage könne nur gegeben werden, so **Herr Otto, Fraktion Pro Dessau-Roßlau**, wenn mit dem Vorhaben keine über die beschriebenen Grenzen hinausgehenden Geruchsbelästigungen verbunden seien. Diese müssen ausgeschlossen werden. Da die Stadt dem Investor den Standort zugewiesen habe, sei eine Abkehr zum jetzigen Zeitpunkt aufgrund des gelaufenen Verfahrens und der damit verbundenen Investitionen nur bei konkreten Ansatzpunkten angezeigt. Seine Nachfrage zu den Auswirkungen der Leistungsreduzierung des Verbrennungsmotors im Blockheizkraftwerk unter den Schwellenwert von 1 MW beantwortete **Frau Dr. Kegler** dahingehend, dass aufgrund der nicht durchzuführenden Umweltverträglichkeitsprüfung nicht zu schließen sei, dass die Umweltverträglichkeit nicht geprüft werde. Alle Auswirkungen hinsichtlich Lärm, Luft und Geruch seien Inhalt der Prüfungen im Genehmigungsverfahren.

Dass das temporäre Wohnheim in der Nachbarschaft bestehen bleiben kann, bestätigte **Herr Krmela** auf Nachfrage von **Herrn Krüger**. **Herr Evels** erläuterte die diesbezüglich geltenden Grenzwerte (300 m) und die in diesem Fall vorliegenden Abstände zu Wohnanlagen (800 m). Verstöße zu den Auflagen regelt der Durchführungsvertrag mit Strafen von bis zu 60 T€. Nachfolgend verwies er auf die Vielzahl in Betrieb befindlicher und störungsfrei arbeitender Anlagen.

Auf Nachfrage von **Herrn Dreibrodt** zu dem als Hauptproblem dargestellten unökonomischen und mit Geruchsbelästigungen verbundenen Transportwegen, gab **Herr Evels** Erläuterungen zu den für die Transporte vorgesehenen Fahrzeugen und den Transportwegen.

Die weitere Nachfrage von **Herrn Dreibrodt** zur Löschwasserversorgung und dem Standort des Brunnens beantwortete **Herr Krmela**.

Nachdem weitere technische Details der Anlage geklärt werden konnten, verwies **Herr Schönemann, Vorsitzender des Ausschusses für Bauwesen, Verkehr und Umwelt**, auf die verständlichen Befindlichkeiten der Beteiligten. Man habe aber gemeinsam mit dem Investor einen Prozess durchschritten, gemeinsam am Vorhaben gearbeitet und somit ein deutliches Zeichen für einen Paradigmenwechsel in der Energiepolitik der Stadt gesetzt. Weitere Projekte werden dies mit Nachdruck unterstreichen. Das zu beurteilende Vorhaben sei genehmigungsfähig, der Investor habe ein Recht auf Verlässlichkeit seitens der Stadt.

Darauf, dass in einem Nachtrag des Durchführungsvertrages Regelungen zu den Transportfahrzeugen aufgenommen werden, verständigte man sich abschließend. Seitens der Verwaltung wurde die Ergänzung der Unterlage bis zur Stadtratssitzung zugesichert.

Nachdem das Gremium die Zustimmung zur Erteilung des Rederechts an den **Vertreter der Bürgerinitiative, Herrn Lohmann**, gab, erläuterte er einen Fragenkatalog zum Vorhaben (Verseuchung des Brunnenwassers, Splittung der Feuerungsleistung der Blockheizkraftwerke, Mängel des Lärmgutachtens aufgrund des Gärresteabtransportes, Ursprungsort der Einsatzstoffe, Aussagen des Klimaschutzkonzeptes zu Biomassepotenzialen, Ziele der Regionalentwicklungsplanung und Raumbedeutsamkeit des Vorhabens) der durch **Herrn Krmela** und **Frau Dr. Kegler** beantwortet wurde. Die Nachreichung einer schriftlichen Beantwortung wurde zugesichert.

Weitere Wortmeldungen wurden nicht geäußert. Die Beschlussvorschläge wurden zur Abstimmung gestellt.

Abstimmungsergebnis:

5 : 1 : 2

Die Beschlussvorlage wurde ungeändert bestätigt.

5.2 Vorhabenbezogener Bebauungsplan Nr. 59 „Freizeitcamp am Luisium“, Billigung Durchführungsvertrag, Abwägungs- und Satzungsbeschluss

Vorlage: DR/BV/112/2012/VI-61

Frau Jahn, Leiterin des Amtes für Stadtentwicklung, Stadtplanung und Denkmalpflege, erläuterte einleitend, dass seitens des Vorhabenträgers der Durchführungsvertrag abgezeichnet wurde und der Ortschaftsrat Waldersee einstimmig (6 – 0 - 0) dem Vorhaben zugestimmt habe. Bis zur abschließenden Behandlung der Vorlage im Stadtrat am 06.06.2012 werde man die Stellungnahme des Gestaltungsbeirats mit Empfehlungen zu den Materialien der Bikerboxen, der Wegeführung und den Gardinen anfügen, einschließlich deren Wertung im Rahmen des Abwägungsverfahrens.

Zur Nachfrage von **Herrn Otto, Fraktion Pro Dessau-Roßlau**, die Unterbringung von Caravanstellplätzen betreffend, verwies **Frau Jahn** auf die gegenteilige Entscheidung des Investors.

Nach Verweis von **Herrn Busch, Fraktion Bürgerliste/Die Grünen**, auf eine Bürgeranfrage zu den Amphibienvorkommen am Standort, erläuterte **Frau Dr. Kegler, Leiterin des Amtes für Umwelt- und Naturschutz**, die Inhalte der Einwände und deren Berücksichtigung im Bebauungsplan und im Durchführungsvertrag zum Vorhaben.

Weitere Wortmeldungen wurden nicht geäußert. Die Beschlussvorschläge wurden zur Abstimmung gestellt.

Abstimmungsergebnis:

8 : 0 : 0

Die Beschlussvorlage wurde ungeändert einstimmig bestätigt.

5.3 Bauvorhaben Neubau eines Mischwasserkanals in der Schlagbreite Meinsdorf gemeinsam mit der DESWA GmbH - Maßnahmebeschluss
Vorlage: DR/BV/093/2012/VI-66

Es bestand weder Einführungs- noch Rückfragebedarf.

Abstimmungsergebnis:

8 : 0 : 0

Die Beschlussvorlage wurde ungeändert einstimmig bestätigt.

**5.4 Zuschuss an die DESWA GmbH für Kanalbaumaßnahmen, Teileinrichtung Oberflächenentwässerung Meinsdorfer Straße
Vorlage: DR/BV/120/2012/VI-66**

Es bestand weder Einführungs- noch Rückfragebedarf.

Abstimmungsergebnis:

8 : 0 : 0

Die Beschlussvorlage wurde ungeändert einstimmig bestätigt.

**5.5 Anpassung Verkehrsentwicklungsplan und Planfeststellungsverfahren an östliche Trassenverschiebung der Ostrandstraße 3. BA Zweite Muldebrücke zwischen Wasserstadt 26 und Deichtor
Vorlage: DR/BV/114/2012/VI-66**

Entsprechend des Auftrags des Stadtrates, so **Herr Hantusch, Beigeordneter für Wirtschaft und Stadtentwicklung**, habe man die Genehmigungsfähigkeit der Variante Lichtsignalanlage für die Kreuzungsgestaltung der Ostrandstrasse in der Wasserstadt festgestellt und passe nunmehr aufgrund der mit der Kreuzungslösung verbundenen Änderungen der Verkehrsströme den Verkehrsentwicklungsplan an. Im weiteren Verlauf werde man in einem ergänzenden Verfahren die zusätzlich Betroffenen anhören und die Abwägung der eingegangenen Stellungnahmen der Planfeststellungsbehörde zur Beschlussfassung vorlegen. An dieser Stelle sei letztmals die Möglichkeit gegeben, eine Entscheidung zwischen ursprünglicher Kreisverkehrslösung oder Lichtsignalanlage zu treffen.

Es bestand kein Rückfragebedarf. Die Beschlussvorschläge wurden zur Abstimmung gestellt.

Abstimmungsergebnis:

2 : 2 : 3

Die Beschlussvorlage wurde abgelehnt.

**5.6 Städtebauliche Reparatur des Ensembles der Meisterhäuser in Dessau-Roßlau, Richtungsentscheidung zum Umgang mit Mehrkosten
Vorlage: DR/BV/128/2012/VI-65**

Durch **Herrn Bekierz, Leiter des Amtes für zentrales Gebäudemanagement**, wurde eingangs das Verfahren der Kostenkontrolle bei Bauvorhaben der Stadt erläutert und die Begriffe und Toleranzen der einzelnen Schritte der Kostenermittlung von der Grobkostenschätzung bis zur Kostenfeststellung definiert. Anhand praktischer Beispiele benannte er die häufigsten Ursachen von Abweichungen und erläuterte die Instrumente Kostenstatus sowie Planungs- und Kostendatenblätter.

Dass das Bauvorhaben nicht vergleichbar mit dem Durchschnitt sei, bestätigte **Herr Dreibrodt, Fraktion der SPD**. Die Begründung der Mehrkosten von rund 1 Mio. € sei in Teilen - z. B. Baustoffqualitäten und mangelnde Kostenkenntnis, Fehlen von Billigangeboten -

unverständlich. Zudem vermisse er Aussagen zur Finanzierung der Mehrkosten. Durch **Herrn Otto, Fraktion Pro Dessau-Roßlau**, wurden die bisher angefallenen Kosten für Wettbewerbe und Planungen hinterfragt. Man habe sicher einen höheren Anspruch zu erfüllen, als beim Bau von zwei Einfamilienhäusern, aber bereits die ursprünglichen Kosten in Höhe von 3 Mio. € seien als zu hoch bemessen zu werten. Auch ein öffentlicher Auftraggeber habe in seinen Bauvorhaben ein ausgeglichenes Kosten-/Nutzen-Verhältnis zu beachten.

Eine detaillierte Kostenübersicht werde man mit dem novellierten Maßnahmebeschluss vorlegen, antwortete **Herr Bekierz**. Dass die Baunebenkosten extrem hoch seien, begründe sich vor allem in den notwendigen restauratorischen Leistungen, die Mehrkosten für die Planungen der nijo-Architekten seien mit 60 bis 80 T€ zu beziffern. Der vorangegangene Wettbewerb sei jedoch nicht Bestandteil der Maßnahme. An Herrn Dreibrodt gewandt, erläuterte er die Schwierigkeiten der Schätzung der Kosten ohne das Vorhandensein entsprechender Erfahrungswerte sowie die Auswirkungen bei einer Einschränkung des Wettbewerbs im Angebotsverfahren. Die Darstellung der Finanzierung der Mehrkosten sei Bestandteil des zu novellierenden Maßnahmebeschlusses, abschließende Entscheidungen hierzu stünden noch aus.

Eine kritische Begleitung des Prozesses sei nötig, erklärte **Herr Schönemann, Vorsitzender des Ausschusses für Bauwesen, Verkehr und Umwelt**. Das Problem sei in dem Experimentalbau mit höchsten Ansprüchen zu sehen. Deshalb sei es wichtig, ein Verständnis für die Kostenentwicklung zu erreichen. Einigkeit bestehe darüber, das Vorhaben im Jahr 2013 entsprechend den Qualitätsansprüchen der Planungen abzuschließen. Eine sachliche Diskussion sei nötig, die Kritik sei zum Teil berechtigt. In der Verständigung zum weiteren Vorgehen sei ein Abbruch des Vorhabens als undenkbar zu bezeichnen, jedoch sei eine weitere Kostensteigerung zu vermeiden.

Die Kostensteigerung kritisch betrachtend, stellte **Herr Hantusch, Beigeordneter für Wirtschaft und Stadtentwicklung**, den Vergleich mit dem Bau zweier Einfamilienhäuser in Frage. Man beschreite mit diesem Vorhaben den Weg internationaler Reputation, anerkannte Architekten wurden eingebunden, Ergebnisse von Alternativen zur geplanten Umsetzung seien fraglich. Das Weltkulturerbe sei mit kostentreibenden Elementen verbunden. Man müsse sich der Signalwirkung nach außen bewusst sein, in der Entscheidungsfindung zum weiteren Vorgehen, auch im Zusammenhang mit der derzeit viel diskutierten Beschlussvorlage zur Bauhausstadt. Den Vertretern der Ministerien sei klar, dass man im Jahr 2013 internationale Anerkennung erreichen könne, was als Erfolg für das Land und die Stadt und entsprechenden Möglichkeiten der Vermarktung verbunden sei.

Zur Finanzierung erläuterte Herr Beigeordneter Hantusch die Ergebnisse der bisher geführten Gespräche mit den Vertretern des Bau-, Wirtschafts- und Kultusministeriums, dem BBSR sowie der Stiftung Bauhaus. Möglich sei eine Finanzierung der Mehrkosten über die bereits bewilligten Mittel der UNESCO-Welterbeförderung unter der Voraussetzung, dass diese Mittel der Absicherung der Qualität entsprechend der Planungen des Vorhabens dienen.

Nach Prüfung des jeweiligen Status der Einzelprojekte könne die Stadt aus ihren Projekten eine Summe 510 T€ und die Stiftung Bauhaus eine Summe von 450 T€ beitragen. Für eine Teilsumme von 300 T€ der Vorhaben der Stiftung sei man als Stadt aufgefordert, einen GA-Antrag zu stellen, um diese Vorhaben aus anderen Fördertöpfen zu finanzieren. Zu den einzelnen Umwidmungen laufen derzeit in Vorbereitung der Antragstellungen Abstimmungen mit dem Kultusministerium.

Herr Bekierz ergänzte dahingehend, dass erst nach der Ausreichung einer Genehmigung zum vorzeitigen Maßnahmebeginn für vorgenannte Maßnahmen, die Beauftragung weiterer Teilleistungen des Vorhabens Meisterhäuser erfolgen könne. Man stehe somit unter entsprechendem Zeitdruck.

Auf Nachfrage detaillierte **Herr Beigeordneter Hantusch** die zur Gegenfinanzierung der Mehrkosten infrage kommenden städtischen Projekte Denkmalpflegeplan Meisterhäuser, Kleinarchitektur im Georgengarten, Sicherung Erdmannsdorffportal und Ausstattung Meisterhäuser. Die benannten Zahlen seien aufgrund des weiteren Abstimmungsbedarfs als unverbindlich zu bezeichnen, eventuell erhöhe sich in der Gesamtbetrachtung der Eigenmittelanteil der Stadt.

Man werde die genannten Zahlen im Maßnahmebeschluss in konkretisierter Form wieder finden, so **Herr Bekierz**. Auf Nachfrage von **Herrn Busch, Fraktion Bürgerliste/Die Grünen**, erläuterte er den Planungsstand zur Errichtung der Mauer und der Trinkhalle und der Ausführung des Artefakts.

Die aktuelle Zeitplanung sehe vor, den Maßnahmebeschluss in der Stadtratssitzung am 18.07.2012 zu beraten, so dass bis zu diesem Zeitpunkt die Rohbauarbeiten fortgeführt und im Anschluss die weiteren Leistungen ausgeschrieben werden können.

Bezug nehmend auf die zu Beginn dargestellte Arbeit mit Kostenermittlungen verwies **Herr Bekierz** darauf, dass man sich immer noch im Bereich der Kostenschätzung mit den möglichen Abweichungen befinde.

Nach der Bitte von **Herrn Schönemann**, bei der Vorlage des novellierten Maßnahmebeschlusses einen aktuellen Zeitplan einzufügen, legte **Herr Hartmann, Fraktion der SPD**, Wert auf die Festlegung, keine Verzögerung bei der Fortführung der Rohbauarbeiten zu erzeugen.

Detailfragen von **Herrn Otto, Fraktion Pro Dessau-Roßlau**, zur Wiederverwendbarkeit der Schalungselemente und zu erhöhten Betriebskosten der Lüftungsanlage, die sich im gewählten Baustoff begründeten, wurden durch **Herrn Bekierz** beantwortet.

Darüber hinaus gehende Wortmeldungen wurden nicht geäußert. Die Beschlussvorschläge wurden zur Abstimmung gestellt.

Abstimmungsergebnis:

6 : 1 : 1

Der Beschlussvorschlag wurde ungeändert bestätigt.

6 Öffentliche Anfragen und Informationen

Herr Schönemann, Vorsitzender des Ausschusses für Bauwesen, Verkehr und Umwelt, informierte über die Inhalte der nachfolgenden Sitzungstermine. Nach Diskussion der Terminstellungen wurde festgelegt:

- Sitzungstermin am 19.06.2012
 - ⇒ Dieser Termin entfällt
 - ⇒ Der Aufruf der Themen erfolgt in der gemeinsamen Sitzung des Bau- und des Wirtschaftsausschusses am 20.06.2012
- Sitzungstermin am 20.06.2012, 16:30 Uhr
 - ⇒ Gemeinsame Sitzung des Bau- und des Wirtschaftsausschusses zur Novellierung des Stadtentwicklungskonzeptes und Masterplan Innenstadt (ca. 1,5 Stunden)
 - ⇒ Im Anschluss der gemeinsamen Sitzung tagen beide Ausschüsse entsprechend ihrer Tagesordnung in getrennten Sitzungen
- Sitzungstermin am 05.07.2012, 16:30 Uhr

- ⇒ Sondersitzung des Ausschusses für Bauwesen, Verkehr und Umwelt zu aktuellen Themen der Bauleitplanung

Diese Terminstellungen werden allen Fraktionen per Mail nachgereicht.

Herr Schönemann informierte über ein aktuelles Schreiben des Dezernats für Wirtschaft und Stadtentwicklung, in dem erhebliche kapazitive und strukturelle Defizite im Amt für Stadtentwicklung, Stadtplanung und Denkmalpflege aufgezeigt werden, die im Ergebnis dazu führen, dass aufgrund des Ausfalls von Leistungsträgern Projekte zu verschieben seien. Hier seien der OB und der Personalbereich gefragt, Lösungen aufzuzeigen. Er schlug vor, den Oberbürgermeister und die Bürgermeisterin zu einer Diskussion einzuladen. Um dies zeitnah zu ermöglichen werde man dieses Schreiben allen Fraktionen per Mail zureichen und an dieses Protokoll anfügen.

Weitergehend verwies Herr Schönemann auf die Diskussion im Hauptausschuss zum Projekt Zerbster Straße und der Errichtung einer Stadtmarketinggesellschaft. Hierzu liege ihm ein aktuelles Schreiben des Dezernats für Wirtschaft und Stadtentwicklung, in dem die Aufgabenzuordnung im Amt für Wirtschaftsförderung, Tourismus und Marketing erläutert und die Verzögerung in der Projektentwicklung Stadtmarketinggesellschaft im Zusammenhang mit der Vorbereitung auf den Sachsen-Anhalt-Tag dargestellt werde. Auch zu diesem Thema müsse man sich im Hauptausschuss verständigen, um bis Jahresende zu Inhalten und Terminstellungen zur Errichtung einer Stadtmarketinggesellschaft definitive Aussagen treffen zu können.

Das Schreiben werde man an alle Fraktionen per Mail ausreichen und diesem Protokoll anfügen.

Den Gesamtaufwand der einzelnen Arbeitsaufgaben könne man nicht einschätzen, so **Herr Otto, Fraktion Pro Dessau-Roßlau**. Hier sei die Stellungnahme des OB einzufordern, der eine Prioritätensetzung im Aufgabenspektrum vornehmen müsse.

Demgegenüber müsse man auch die Forderungen aus den politischen Gremien und den daraus zusätzlich erwachsenden Arbeitsaufwand beachten, erklärte **Herr Dr. Neubert, Fraktion der FDP**. Eine Vorverurteilung sei mit diesen Themen nicht verbunden.

6.1 Informationen des Dezernats für Wirtschaft und Stadtentwicklung

6.1.1 Informationen zur Muldebrücke (BW 11)

Herr Schönemann, Vorsitzender des Ausschusses für Bauwesen, Verkehr und Umwelt, berichtete eingangs über eine allgemeine Unzufriedenheit im Zusammenhang mit der Verkehrssituation im Bereich der Muldebrücke. Aufgrund der Verkehrseinschränkungen verzeichnen die Einzelhandelszentren erhebliche Besucherverluste. Hieraus erwachse die Idee, die Behelfsbrücke, die man während der Realisierung des Ersatzneubaus des Bauwerks vorsehe, früher als geplant zu errichten und somit eine Entlastung zu erreichen.

Dass es Beschwerden aufgrund der Verkehrseinschränkungen gebe, bestätigte **Herr Hantusch, Beigeordneter für Wirtschaft und Stadtentwicklung**. Man habe im Vorfeld Alternativen geprüft und im Ergebnis des Zustandsgutachtens eine Reduzierung der Fahrspuren von 4 auf 2 vornehmen müssen. Die alte Brücke mit den derzeitigen Einschränkungen werde man bis Juni 2013 in Nutzung halten müssen, die Behelfsbrücke werde im Anschluss bis September 2014 Bestand haben. Die Verbesserung der Situation für die Zeit der Nutzung der Behelfsbrücke durch die Erhöhung auf drei Fahrspuren verursache Kosten in Höhe von 400 T€.

In der Beratung des Wirtschaftsbeirats am 09.09.2012 habe man festgelegt, dass ein Gespräch zwischen der IHK und den Fachämtern der Stadt organisiert wird und nach weiteren Optimierungsmöglichkeiten gesucht wird.

Man habe heute einen Beschluss herbeiführen wollen, so **Frau Jung, Tiefbauamt**, durch die Reduzierung der Anzahl der Spuren der Behelfsbrücke auf zwei Kosteneinsparungen in Höhe der benannten 400 T€ zu erreichen.

Die Mitglieder des **Ausschusses für Bauwesen, Verkehr und Umwelt** votierten für die Beibehaltung der drei Fahrspuren.

Auf Nachfrage von **Herrn Schönemann** zum Vorziehen der Errichtung der Behelfsbrücke, erläuterte **Frau Jung** die Rahmenbedingungen Medienumverlegung/Dükerung zur Schaffung entsprechender Baufreiheit für die Brücke. Darüber hinaus werde man erst im 2. Halbjahr 2012 in die europaweite Ausschreibung einsteigen können, der sich das entsprechende Vergabeverfahren anschließe. Nach Hinweis von **Herrn Schönemann**, dass man die aktuelle Problemlage beachten müsse und alle Möglichkeiten der Erhöhung der Durchlassfähigkeit der Brücke ausschöpfen müsse, erklärte **Frau Jung**, dass der Zustand der Brücke seit 2005 bekannt sei, ebenso wie das entsprechende Risiko. Nun sei der Zeitpunkt des Endes der Lebensdauer des Bauwerks erreicht. Die Brisanz der Abläufe war bekannt, technologische Abhängigkeiten seien zu beachten.

Trotz des Bauzustandes der Brücke und der bekannten Risiken wurde, so **Herr Beigeordneter Hantusch**, im Entwicklungsprozess Ostrandstrasse die Muldebrücke immer weiter nach hinten verschoben. An dieser Stelle der Verwaltung Vorwürfe zu machen, sei ungerecht, die Entwicklung der Dramatik war nicht vorhersehbar. Das Angebot der IHK werde man annehmen und sei weiterhin offen für umsetzbare Alternativvorschläge.

Herr Pfefferkorn, Leiter des Tiefbauamts, erläuterte nach aktuellen Gesprächen mit dem Ordnungsamt und der Polizei, dass stadtauswärts kein Stau festzustellen sei und stadteinwärts die Stosszeiten zwischen 7:15 und 8:30 Uhr sowie 14:00 und 17:00 Uhr liegen würden. Die durchschnittliche Wartezeit betrage zu diesen Zeiten 12 Minuten.

Der Vorwurf gegenüber der Politik sei ebenso wenig hinnehmbar, so **Herr Otto, Fraktion Pro Dessau-Roßlau**. Ziel der Bemühungen war die Beschleunigung des Projekts Ostrandstrasse. Nun seien Optimierungspotenziale und verkehrsorganisatorische Maßnahmen zu prüfen.

6.1.2 Entwicklungen in der Innenstadt

Die Veröffentlichungen in der Mitteldeutschen Zeitung aufgreifend bat **Herr Schönemann, Vorsitzender des Ausschusses für Bauwesen, Verkehr und Umwelt**, um eine kurze Einschätzung zu den Möglichkeiten der Attraktivierung und Aufwertung der Innenstadt.

Zu den aktuellen Veröffentlichungen in der MZ und den Thema Zerbster Straße Nord und Kavallerstraße innerhalb der Serie zur Innenstadt, erläuterte **Herr Hantusch, Beigeordneter für Wirtschaft und Stadtentwicklung**, dass es Abstimmungen mit Herrn Minister Daehre zur Förderung des Ausbaus der Zerbster Straße über das Programm Aktive Stadt- und Ortsteilzentren gab. Die Bewilligung der Fördermittel lag vor, die Verwaltung erarbeitete eine optimierte Planung und stellte die Varianten den Anliegern vor. Leider wurde von diesen keine Zustimmung erteilt.

Um Alternativen zu schaffen, wurde eine Umwidmung der Mittel zu Gunsten der Aufwertung der Kavalerstraße geprüft. Gleichlautende Forderungen wurden im Beirat Stadtentwicklung aufgemacht. Da dieser Verkehrsbereich derzeit mit 20.000 Fahrzeugen am Tag belegt sei und erst mit der Errichtung der Ostrandstrasse eine Reduzierung auf 5.000 erfolgen werde, habe man sich überlegt, welches Reduzierungspotenzial bereits jetzt zu erreichen sei. Ein Gutachten ergab, dass eine Aufwertung der Plätze, Schaffung von Übergängen, Wegnahme der Barrieren und die Errichtung der Zentralhaltestelle bereits bei einer Belegung von 12.000 Fahrzeugen möglich sei. Um zu klären, wohin der Verkehr zu verdrängen sei, hätte man ein weiteres Gutachten in Auftrag geben müssen. Nach Einbringung des Entscheidungsvorschlages in die OB-Dienstberatung habe man keine Zustimmung gefunden. Das Vorhaben werde in einem Jahr als Wiedervorlage erneut behandelt. Die Befürchtung war, dass die Argumente für die Ostrandstrasse geschwächt würden. Deshalb sei das Projekt nunmehr gestoppt, man sehe aber, dass die Verwaltung frühzeitig Lösungen für die aufgezeigten Problemlagen erarbeitet und unterschiedlichste Betrachtungen anstellt, die jedoch nicht immer in einer Realisierung münden.

Herr Krüger, Fraktion Die Linke.Dessau-Roßlau, widersprach der Äußerung, dass den Anliegern der Zerbster Straße eine einfache Lösung vorgestellt wurde. Die Anlieger wollen lediglich einen ordentlichen Fußweg.

Insbesondere die Vertreter des nh-Hotels, so **Herr Pfefferkorn, Leiter des Tiefbauamts**, hätten sich gegen die Mitfinanzierung jeglicher Maßnahmen ausgesprochen.

6.1.3 Ausstellungszentrum Bauhaus

Die Zusage des Landes zur Errichtung eines Bauhausmuseums als positiv wertend, bezeichnete **Herr Schönemann, Vorsitzender des Ausschusses für Bauwesen, Verkehr und Umwelt**, demgegenüber den Umgang zwischen Land und Stadt bei der Standortsuche für das künftige Museum als problematisch. Eine entsprechende Festlegung sei nicht Sache des Landes.

Eine Standortentscheidung zum Bauhausmuseum durch das Land widerspreche der kommunalen Selbstverwaltung, erklärte **Herr Busch, Fraktion Bürgerliste/Die Grünen**. Man rede hier über die Verwendung öffentlicher Mittel, die Meinung der Kommune sei zu respektieren.

Es gebe Strömungen in der Landesregierung, so **Herr Hantusch, Beigeordneter für Wirtschaft und Stadtentwicklung**, die das Museum nicht am Standort Sieben Säulen wollen. Nach intensiver Diskussion mit dem OB habe man als Stadt eine Tischvorlage in die Sitzung des Stiftungsrats Bauhaus eingebracht. Jedoch sei nach Meinung des Kultusministeriums, Herrn Dorgerloh, der Standort Sieben Säulen verbrannt und es solle ein erneutes Standortgutachten ohne Berücksichtigung dieses Standorts erarbeitet werden. Dies sei als Angriff auf die kommunale Selbstverwaltung zu werten. Fakt sei, der Standort Sieben Säulen sei nicht gewollt. Dies sei zur Kenntnis zu nehmen und zu entscheiden, ob man sich damit abfindet.

Auch hier müsse man eine einvernehmliche Lösung zwischen Land und Stadt suchen, vortierte **Herr Hartmann, Fraktion der SPD**. Ein Ränkespiel sei zu vermeiden.

Trotzdem seien die Zuständigkeiten zu beachten, entgegnete **Herr Schönemann**. Nicht jede Entscheidung sei kommentarlos hinzunehmen. Ziel führend sei es, schnell die Stabsstelle Bauhausstadt innerhalb der Verwaltung zu besetzen.

Man müsse dafür sorgen, so **Herr Otto, Fraktion Pro Dessau-Roßlau**, dass die Verwaltung mit der Rückendeckung der Politik in die weiteren Gespräche gehe.

Die Verwaltung habe die Standortfrage mit Beschlüssen unterlegt, so **Herr Beigeordneter Hantusch**. Diese Beschlüsse seien umzusetzen. Der Standort Sieben Säulen sei in die Evaluierung der Standorte aufzunehmen. Dies wäre eine einvernehmliche Vorgehensweise.

Dass die Ablehnung des Standorts Sieben Säulen ohne Begründung erfolge, bezeichnete **Herr Dreibrod, Fraktion der SPD**, als unverständlich. Lediglich die Aussage, dass der Standort verbrannt sei, liege vor, erklärte **Herr Beigeordneter Hantusch**. Eine Dokumentation dieser Aussage stehe aus.

6.2 Sonstige Anfragen und Mitteilungen

Zu der seitens des Amtes für Stadtentwicklung, Stadtplanung und Denkmalpflege aufgrund seiner Anfrage zum ehemaligen Arzneimittelwerk Jahnstraße ausgereichten Definition des Mischgebietes erklärte **Herr Otto, Fraktion Pro Dessau-Roßlau**, dass er aufgrund der fortgeschrittenen Zeit seine diesbezüglichen Nachfragen bis zur nächsten Sitzung verschiebe. Herrn Hantusch bat er, die nicht markierten Textteile zu lesen, die seine Meinung stützen würden.

Weitere Anfragen oder Informationen wurden nicht geäußert, so dass **Herr Schönemann, Vorsitzender des Ausschusses für Bauwesen, Verkehr und Umwelt**, den öffentlichen Teil der Sitzung um 20:30 Uhr schloss.

Anschließend wurde Nichtöffentlichkeit hergestellt.

Öffentliche Tagesordnungspunkte

10 Schließung der Sitzung

Die Sitzung wurde durch **Herrn Schönemann, Vorsitzender des Ausschusses für Bauwesen, Verkehr und Umwelt**, um 20:35 Uhr geschlossen.

Dessau-Roßlau, 24.05.2012

Ralf Schönemann
Vorsitzender
Ausschuss für Bauwesen, Verkehr und Umwelt

i. A. Reinsdorf
Schriftführer

Anlagen:

1. Anwesenheitsliste
2. Schreiben vom 10.05.12
3. Schreiben vom 09.05.12